

Die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, hat den bisher von der **Unicredit Bank AG**, München, gehaltenen rund achtprozentigen Minderheitsanteil an der **Deutsche Schiffsbank AG**, Hamburg/Bremen, erworben. Damit hält das Frankfurter Institut künftig 100 Prozent an dem Spezialinstitut. Zu Einzelheiten der Vereinbarung wurden keine Angaben gemacht. Bereits im März dieses Jahres hatte die Commerzbank angekündigt, das Anteilspaket zu erwerben und die Deutsche Schiffsbank danach auf sich verschmelzen zu wollen.

Gemeinsam haben der französische **Crédit Mutuel-CIC** und der spanische **Banco Popular** die **Targobank Spanien** gegründet. Die neue Bank, die sich zu gleichen Teilen im Besitz beider Partner befindet, verfügt über eine Bilanzsumme von gut zwei Milliarden Euro und 276 Millionen Euro Eigenkapital. Das Institut zählt nach eigenen Angaben derzeit 200 000 Retailkunden, 18 000 Unternehmenskunden, 123 Geschäftsstellen und 530 Mitarbeiter. Targobank ist die internationale Marke von Crédit Mutuel-CIC. Diesen Namen erhielt auch die 2008 in Deutschland aufgekaufte Tochtergesellschaft der **Citibank**.

Fast ihren kompletten Anteil an der **China Construction Bank (CCB)** hat die **Bank of America (BOA)** veräußert. Durch den Schritt soll die Kapitaldecke des US-Instituts gestärkt werden. Im Rahmen der Transaktion wurden insgesamt 10,4 Milliarden Anteilscheine an eine Gruppe privater Investoren abgegeben. Der daraus entstandene Gewinn nach Steuern wird auf rund 1,8 Milliarden US-Dollar beziffert. Der Anteil des US-amerikanischen Finanzkonzerns an der CCB liege nach zuvor fünf Prozent bei nunmehr weniger als einem Prozent. Bereits im Sommer hatte die BOA ihren Anteil an dem chinesischen Institut deutlich reduziert. Parallel zur jüngeren Transaktion reduzierte die US-Bank **Goldman Sachs** ihren Anteil an der **Industrial & Commercial Bank**.

Gegen eine Zahlung von 165,5 Millionen US-Dollar haben die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, und die US-amerikanische Großbank **Citigroup** einen Rechtsstreit mit **US-Genossenschaftsbanken** beigelegt. Mit gut 145 Millionen Euro entfällt dabei der weitaus größte Teil auf das deutsche Institut. Hintergrund war der Vorwurf der Kreditgenossenschaftsaufsicht **National Credit Union Administration**

9. November 2011 bis 25. November 2011

(**NCUA**) beim Verkauf von hypothekarisch abgesicherten Wertpapieren (Mortgage Backed Securities, MBS) falsche oder unvollständige Angaben gemacht zu haben. Auch gegen eine Reihe anderer Institute hatte die NCUA geklagt.

Die schweizerische Großbank **Credit Suisse** will die bislang unter eigenem Namen operierende Privatbank **Clariden Leu** in den Konzern integrieren. Im Rahmen des Vorhabens, durch das jährlich rund 200 Millionen Schweizer Franken eingespart werden sollen, fallen zirka 550 Stellen weg. Der Name Leu – mit 256 Jahren die älteste Bank des Landes – verschwindet.

In Spanien wurde der vor dem Zusammenbruch stehende **Banco de Valencia** unter staatliche Kontrolle gestellt. Das Institut wird nunmehr vom Rettungsfonds **Fondo de Reestructuración Ordenada Bancaria (Frob)** verwaltet und das bisherige Management der Bank abgesetzt. Der Fonds soll eine Kapitalhilfe von einer Milliarde Euro und Kredite im Volumen von zwei Milliarden Euro bereitstellen.

Österreichs Finanzmarktaufsichtsbehörde **FMA** und die **Oesterreichische Nationalbank (OeNB)** haben ein Maßnahmenbündel zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle der Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) vorgestellt. Ziel des Paketes sei es, die Eigenkapitalbasis der jeweiligen Bankengruppen zu stärken und die Refinanzierungsstruktur bei den CESEE-Tochterbanken zu verbessern. Zur Stärkung der Kapitalbasis der Bankengruppe werden erstens die Basel-III-Regelungen ohne Übergangsfrist bereits mit 1. Januar 2013 voll umgesetzt (aber unter Anrechnung des im Rahmen des Bankenhilfspaketes gezeichneten Partizipationskapitals). Zweitens wird ab 1. Januar 2016 ein zusätzlicher Kernkapitalpuffer – je nach Risikogehalt des Geschäftsmodells – von bis zu drei Prozent zu halten sein. Zur Stärkung der Refinanzierungsstruktur der Tochterbanken wird das künftige Kreditwachstum an das Wachstum der nachhaltigen lokalen Refinanzierung (hauptsächlich über lokale Einlagen, aber auch über

lokale Emissionstätigkeit und „Supranational Funding“, etwa via EBRD oder EIB) geknüpft. Das Verhältnis von Krediten zu diesen lokalen Refinanzierungen (das heißt eine diesbezüglich erweiterte Loan-to-Deposit-Ratio) wird somit künftig im Neugeschäft mit 110 Prozent gedeckelt. Zusätzlich werden die Institute – als Vorsorge für eine etwaige Krisenbewältigung – der Aufsicht entsprechende „Living Wills“ und „Resolution Schemes“ vorlegen müssen.

Mit einem Volumen von 361,2 Millionen Euro hat die **Sparkassen-Finanzgruppe** ihre mittlerweile fünfte bundesweite Kreditpooling-Transaktion gestartet. Die Laufzeit der Transaktion beträgt fünf Jahre. Der **Sparkassen-Kreditbasket VIII** setzt sich aus 200 mittelständischen Kreditrisiken zusammen, die von Sparkassen aus dem gesamten Bundesgebiet eingebracht wurden. Die den Risiken zugrunde liegenden Kredite verbleiben bei den Sparkassen. Arrangeure der Transaktion sind Bayern-LB, Helaba, LBBW, Saar-LB, WestLB AG, NordLB und die HSH Nordbank, die die Akquisition sowie Betreuung der Sparkassen in den jeweiligen Regionen durchführen und dabei durch die regionalen Verbände und den DSGVO unterstützt werden. Bayern-LB und Helaba übernehmen die Verwaltung und Abwicklung der Basket-Transaktion.

Einen islamischen (Scharia-konformen) Interbankensatz legt der Anbieter **Thomson Reuters** auf. Als entscheidenden Unterschied der **Islamic Interbank Benchmark Rate (IIBR)** wird die Messung des Gewinns genannt – Zinsen, wie sie etwa der Libor berechnet, sind laut Scharia nicht erlaubt, die Verteilung von Gewinnen aber durchaus. Die IIBR wird auf Grundlage der Daten von 16 islamischen Banken und den Islambankabteilungen konventioneller Geldhäuser ermittelt.

Eine strategische Überprüfung ihres weltweiten Unternehmensbereichs Asset Management hat die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, gestartet. Diese soll sich vor allem auf die Analyse der jüngsten regulatorischen Veränderungen, damit verbundener Kosten und der Entwicklungen im Wettbewerbsumfeld sowie deren Auswirkungen auf den Geschäftsbereich und seine Wachstumsaussichten konzentrieren. Ausgenommen ist das Geschäft der **DWS** in Deutschland, Europa und Asien. Alle strategischen Optionen kommen in Betracht, betont das Frankfurter Geldhaus.